

Meinungen und politische Absichten des  
 Bundestagskandidaten Ulrich Hampel (SPD) 2013  
 (Der Kandidat wird von André Stinka vertreten.)

1. **Einsatz der Bundeswehr**

Ich halte den Einsatz der Bundeswehr in Krisen- und Kriegsgebieten weiterhin (auch als ultima ratio) für nötig und werde dafür stimmen.	ja
Ich werde nur für UN-mandatierte <i>peace-keeping</i> -Einsätze stimmen.	ja
Eine kritische Bilanz des BW-Einsatzes in Afghanistan zeigt:  Wir haben frühzeitig eine Exit-Strategie für Afghanistan eingefordert. Inzwischen steht fest, dass der Kampfeinsatz 2014 beendet werden soll. Wir wollen den Prozess des Übergangs von ISAF zu einer neuen Mission in Afghanistan mit dem Schwerpunkt Ausbildung aktiv begleiten. Afghanistan und die internationale Gemeinschaft können sich darauf verlassen, dass wir zu unseren Zusagen stehen – gerade auch mit Blick auf die zivile Hilfe.  x Dieser Kriegseinsatz war keine gute Entscheidung, weil über 50 deutsche Soldaten in Afghanistan gestorben sind.	

2. **Zivile Konfliktbearbeitung**

Ich werde mich dafür einsetzen, dass die <i>Zivile Konfliktbearbeitung</i> einen größeren Stellenwert in der deutschen Außenpolitik bekommt.	ja
Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Mittel für Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in Krisengebieten um 20 Mio. Euro erhöht wird. (Aktion des Forums ZFD: von 29 Mio. auf 49 Mio. / Zum Vergleich: 20 Mio Euro sind die Ausgaben für 7 Tage Afghanistan-Einsatz oder 0,06 % des Verteidigungshaushaltes)	ja

3. **Rüstungsexporte**

Ich setze mich dafür ein, dass der Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern grundsätzlich verboten und dieses Verbot in Artikel 26 (2) des Grundgesetzes und/oder in einem Rüstungsexportgesetz festgeschrieben wird!	nein
---	------

<p>Ich setze mich für ein rechtsverbindliches Verbot des Exportes von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern ein, wenn der hinreichende Verdacht besteht, dass diese bei bewaffneten internen Auseinandersetzungen, zur inneren Repression oder zu fortdauernden und systematischen Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden können.</p>	ja
<p>Ich setze mich für ein rechtsverbindliches Verbot der Lieferung von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern in Länder ein, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, wo solche drohen oder bestehende Spannungen und Konflikte durch den Export ausgelöst, aufrechterhalten oder verschärft werden!</p>	ja
<p>Ich werde mich dafür einsetzen, dass keine <i>Kleinwaffen</i> mehr exportiert werden.</p> <p><b>Anmerkung:</b> Wir treten dafür ein, dass Kleinwaffen künftig nur noch an solche Staaten geliefert werden, die den Kriterien der Rüstungsexportrichtlinien entsprechen und die das UN-Kleinwaffenaktionsprogramm für sich als verbindlich betrachten und einhalten.</p>	ja
<p>Ich setze mich für eine zeitnahe Informationspflicht der Abgeordneten, namentliche Abstimmungen und für ein Vetorecht des Deutschen Bundestages sowie für transparente Rüstungsexportberichte ein, die – wie in England – quartalsweise veröffentlicht werden!</p> <p><b>Anmerkung:</b> Der Export von Rüstungsgütern muss sich an den „Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ orientieren. Danach ist die Lage der Menschenrechte in einem Land ein wichtiges Entscheidungskriterium. Die Verantwortung für die Genehmigung von Rüstungsexporten liegt bei der Bundesregierung. Jüngste Entscheidungen des Bundessicherheitsrates lassen jedoch vermuten, dass diese nicht von politischen Grundsätzen, sondern von wirtschaftlichen Interessen geleitet wurden. Damit der Bundestag künftig seine Kontrollfunktion gegenüber der Regierung besser ausüben kann, muss die bisherige Genehmigungspraxis geändert und der Bundestag beteiligt werden. Auch hierzu haben wir einen Antrag vorgelegt: „Frühzeitige Veröffentlichung der Rüstungsexportberichte sicherstellen – Parlamentsrechte über Rüstungsexporte einführen“ (BT-Drs. 17/9188).</p>	ja
<p>Konkret: Ich werde mich dafür einsetzen, dass keine Panzerfahrzeuge nach Saudi-Arabien geliefert werden.</p> <p><b>Anmerkung:</b> Wir wollen zurück zu den restriktiven Exportrichtlinien der rot-grünen Regierungszeit. Rüstungsexporte in Krisengebiete und in Länder, in denen die Menschenrechte massiv missachtet und verletzt werden, lehnen wir ab. Die „Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ legen eindeutig fest, dass die innere Lage des Empfängerlandes, die Menschenrechtssituation, der Respekt internationaler Konventionen und mögliche Konsequenzen für die regionale Sicherheit bei den Rüstungsexportentscheidungen berücksichtigt</p>	ja

werden müssen, was bei Nichterfüllung der dort genannten Kriterien zur Untersagung führen muss. Deswegen lehnen wir die von Schwarz-Gelb beabsichtigte Lieferung von Kampfpanzern des Typs Leopard 2 nach Saudi-Arabien und andere Staaten der arabischen Halbinsel ab.	
Ich werde mich dafür einsetzen, dass alte Waffensysteme verschrottet und nicht exportiert – z.B. nach Brasilien – werden.	ja

#### 4. Drohnenbewaffnung der BW

Eine Bewaffnung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen soll erfolgen.  <b>Anmerkung:</b> Die SPD ist gegen eine Entscheidung zur Beschaffung von Kampfdrohnen, bevor alle sicherheitspolitischen, völkerrechtlichen und ethischen Fragen umfassend beantwortet sind. Wir werden uns dafür einzusetzen, dass im Rahmen von Rüstungskontrollpolitik das Thema Kampfdrohnen aufgegriffen und in einen rüstungskontrollpolitischen Prozess eingebettet wird und dass automatisierte waffenfähige Systeme völkerrechtlich geächtet werden. Wir sind der Auffassung, dass extralegale Tötungen mit bewaffneten Drohnen einen Verstoß gegen das Völkerrecht darstellen und werden uns dafür einzusetzen, dass derartige Einsätze künftig nicht mehr durchgeführt werden.	nein
Drohnen bergen in sich die Gefahr, die Hemmschwelle für kriegerische Auseinandersetzungen zu senken, und müssen deshalb international geächtet werden.	ja

#### 5. Atomwaffen

Ich werde mich dafür einsetzen, dass in Verhandlungen mit den USA die Bundesrepublik darauf besteht, dass die Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.	ja
Ich werde mich dafür einsetzen, dass die Bundesrepublik eine neue Initiative startet mit dem Ziel, alle Atomwaffen zu ächten und abzuschaffen.  <b>Anmerkung:</b> Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle sind für uns zentrale Überlebensfragen. Unser Ziel bleibt eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen. Wir unterstützen regionale Ansätze für Zonen frei von Massenvernichtungswaffen. Wir wollen, dass im Rahmen eines gesamteuropäischen Abrüstungsvertrages auch die in Deutschland verbliebenen taktischen Atomwaffen abgezogen werden. Wir wollen zugleich der konventionellen Abrüstung und Rüstungskontrolle neue Impulse geben. Eine Welt frei von Atomwaffen ist keine Utopie, sondern eine konkrete Verpflichtung der Unterzeichner des Nichtverbreitungsvertrages. Deutschland kann national und international auf vielfältige Weise einen wirksamen Beitrag zu einer Welt ohne Atomwaffen	ja

leisten.	
----------	--

## 6. Syrien

Ich bin dafür, dass die Opposition in Syrien mit Waffen beliefert wird.	nein
Ich bin dafür, dass die westliche Welt aktiv in das Kriegsgeschehen eingreift – Flugverbotszonen usw.	nein

## 7. Energie

<p>Ich bin dafür, schon deutlich früher als 2022 aus der Kernenergie auszusteigen.</p> <p><b>Anmerkung:</b> Die SPD tritt dafür ein, so schnell wie möglich aus der Atomkraft auszusteigen. Der neue Atomausstiegskonsens stellt daher die maximale Frist dar, in der Atomkraftwerke Strom liefern sollen. Wir sind dazu bereit, früher als geplant aus der Atomkraft auszusteigen, soweit dies bei gesicherter Energieversorgung möglich ist. Zudem dürfen keine Regressforderungen entstehen, die aus Steuermitteln zu bezahlen wären.</p>	ja
<p>Ich setze mich für die Fortführung der Energiewende engagiert ein.</p> <p>Dazu einige konkrete Vorhaben, die ich anregen möchte:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• eine bessere politische Koordinierung bei dem Management der Energiewende;</li><li>• die Bezahlbarkeit der Energiewende gewährleisten und weitere Belastungen für die produzierende Wirtschaft und die privaten Haushalte vermeiden, etwa durch die Senkung der Stromsteuer;</li><li>• die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, insbesondere der energieintensiven Industrie erhalten;</li><li>• den Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Umsetzung von Maßnahmen für höhere Energieeffizienz vorantreiben, indem wir: 40-45% Stromanteil durch Erneuerbare Energien und 25% durch Kraft-Wärme-Kopplung, insbesondere durch den Ausbau der Fernwärme bis zum Jahr 2020, anstreben, und bis 2030 75% des Stroms aus erneuerbaren Quellen gewinnen wollen;</li><li>• 20% des Wärmebedarfs durch Erneuerbare Energien decken;</li><li>• eine für Mieter bezahlbare energetische Sanierung von Gebäuden fördern;</li><li>• die Energieproduktivität deutlich steigern und bis 2020 gegenüber dem Stand von 1990 verdoppeln;</li></ul>	ja

<ul style="list-style-type: none"> <li>die Stärkung dezentraler Strukturen mit einem wesentlichen Gestaltungsauftrag für die Kommunen und ihre Unternehmen.</li> </ul>	
<p>Ich setze mich dafür ein, dass auch nach der Bundestagswahl über das EEG die Förderung erneuerbare Energien wirtschaftlich gesichert bleiben.</p> <p>Sie vorheriger Punkt.</p>	ja
<p>Ich bin dafür, dass Windenergie auch im Binnenland weiter ausgebaut wird.</p>	ja
<p>Es sollen keine neuen Kohlekraftwerke mehr gebaut werden.</p> <p><b>Anmerkung:</b> Mit ihrem stetig wachsenden Anteil an der Stromerzeugung müssen die Erneuerbaren Energien mehr Verantwortung für eine stabile Versorgung übernehmen. Wir wollen Erneuerbare Energien untereinander (z.B. Wind mit Wasser und/oder Biomasse), Erneuerbare Energien <b>und fossile Energieerzeugung</b> sowie Erneuerbare Energien und Verbrauchsmanagement so miteinander verknüpfen, dass Strom bedarfsgerecht zur Verfügung steht.</p>	nein
<p>Fracking wird nicht zugelassen.</p>	ja
<p>Die CO2-Grenzwerte für neue PKW und Nutzfahrzeuge müssen deutlich verschärft werden.</p>	ja
<p>Durch ein Tempolimit auf Autobahnen und Bundesstraßen kann der CO2-Ausstoß verhindert werden.</p>	ja
<p>Subventionen des Flugverkehrs müssen beendet werden.</p>	ja

## 8. Gerechtigkeit

<p>Die soziale Schere in Deutschland nimmt rasant zu: die Einkommensschere und die Vermögensschere in der Bevölkerung, die Schulden/Vermögens-Schere zwischen öffentlichen und privaten Haushalten. Ich schlage als konkrete Maßnahmen für die nächste Legislaturperiode vor, um in den drei Fällen gegenzusteuern:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>Einführung eines Mindestlohns</li> <li>Reiche müssen jetzt mehr für die Gesellschaft tun: für Schulen, Kitas und Infrastruktur. Künftig gilt der Spitzensteuersatz von 49 Prozent – bei Ehepaaren ab einem Einkommen von 200.000 Euro im Jahr. Das betrifft nur 5 Prozent. Und auch Millionenvermögen werden zukünftig einen Beitrag leisten müssen.</li> <li>Steuerbetrug ist Diebstahl an der Gesellschaft. Damit nicht nur die Ehrlichen ihre Beiträge leisten, werden wir den internationalen Steuerdatenaustausch voranbringen – und sagen Nein zu schlechten Steuerabkommen mit anderen Ländern. Die Straffreiheit für Steuerbetrüger wird auch bei Selbstanzeige eingeschränkt.</li> <li>Die geplanten Steuererhöhungen sind notwendig, um den überschuldeten Kommunen zu helfen. Die moderaten Steuererhöhungen für Spitzenverdiener stehen anteilig auch den Kommunen zu. Sie können damit ihre Daseinsvorsorge ausbauen und sichern.</li> </ol>	
<p>Zur Soziale Gerechtigkeit gehört ein soziales Steuersystem. Ich setze</p>	ja

mich dafür ein, dass Firmen (wie Starbucks) in Zukunft auf jeden Fall in Deutschland Steuern zahlen müssen.	
Ich werde folgende Maßnahmen und Initiativen national und auf EU-Ebene starten, um Firmen (z. B. Google-Model, „Model Goldfinger“) zu einer üblichen Besteuerung zu führen: z.B.  <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Verbot von anonymen Briefkastenfirmen und Stiftungen</li> <li>2. Gewinnverlagerungen in Steueroasen bekämpfen</li> <li>3. Einführung der Finanztransaktionssteuer</li> </ol>	
Ich stimme den bisherigen Maßnahmen zur Eurokrise (ESM, ec.) zu. Ich bin für die Einführung von Eurobonds.	ja
Ich setze mich dafür ein, dass das UN-Ziel erreicht wird und auch die Bundesrepublik ihren Anteil an Entwicklungshilfe auf 0,7 % des BSP anhebt.	ja

### 9. Flüchtlingspolitik I

Deutschland sollte gerade aus Syrien noch weitere Flüchtlinge aufnehmen.	ja
Ich setze mich dafür ein, dass Deutschland durch eine asylfreundliche Politik Flüchtlingen ermöglicht, sich aus Kriegsgebieten menschenverachtenden Ländern und lebensbedrohlichen Situationen in Schutz zu bringen.	ja
Ich setze mich dafür ein, dass Deutschland in der EU dafür sorgt, dass die restriktive Flüchtlingspolitik an den Grenzen der EU, die Hunderte von Flüchtlingen in den Tod treibt, neu verhandelt wird.	ja
Eine „Willkommenskultur“ wird z.B. von den Kirchen gefordert.  Das bedeutet für mich konkret: wir brauchen sowohl eine Willkommenskultur als auch eine Teilhabestruktur. Nur so können Freiheit, Chancengleichheit, Bildung und Arbeit für alle geschaffen werden. Wir wissen aber auch: Das erfolgreiche Miteinander hängt vor allem von sozialen Faktoren ab. Unterschiede in der Herkunft, Religion oder Kultur dürfen nicht verdrängt, aber auch nicht grundsätzlich zum Problem erklärt werden. Wir setzen uns für alle Menschen in unserem Land ein, Diskriminierungen und Vorurteilen treten wir entschieden entgegen. Eine offene Gesellschaft bietet im Rahmen der Grundrechte allen Religionen den Freiraum zur Entfaltung ihres Glaubens.	
Pro Asyl meint: „Flucht ist kein Verbrechen“ und fordert: <ul style="list-style-type: none"> <li>• .Recht auf menschenwürdige Aufnahme und ein faires Asylverfahren</li> <li>• K e i n e Inhaftierung von Asylsuchenden</li> <li>• K e i n e Lager</li> <li>• Kein Zurückschieben an die Grenzen Europas</li> </ul> Ich stimme diesen Forderungen zu.	ja